

Pressemitteilung
Nr. 090/2024
Kiel, 25.04.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Nie wieder ist jetzt!

Der SSW-Innenpolitiker Lars Harms forderte heute die Landesregierung auf, sich mehr für den Schutz und die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt einzusetzen.

Die Anzahl rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Schleswig-Holstein nimmt weiter zu. Dies zeigt eine Erhebung der Kieler Beratungsstelle für Betroffene rechter Angriffe, ZEBRA e.V. Demnach sei es im vergangenen Jahr mindestens an jedem dritten Tag zu einem Angriff aus rassistischen, antisemitischen oder rechten Motiven gekommen.

"Und das sind nur die registrierten Fälle. Die Dunkelziffer dürfte ungleich höher sein", sagt Lars Harms, Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der SSW-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Wurden 2022 noch 104 Vorfälle im jährlichen ZEBRA-Monitoring erfasst, waren es 2023 bereits 136 Vorfälle. Das entspricht einem Anstieg von mehr als 30 Prozent. Diese Entwicklung sei unerträglich, so Harms. "Für rechte Gewalt und Antisemitismus darf es in unserem Land keinen Platz geben. Mensch ist Mensch. Wer das in Zweifel stellt, ist ein Verfassungsfeind und muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats geahndet werden."

Treibende Kraft dieser Entwicklung seien nicht nur rechte Netzwerke im Land, "sondern auch Parteien wie die AfD, die Vorurteile gegen Ausländer und Zugewanderte schüren und ein Bild der Unsicherheit und der Spaltung zu zeichnen versuchen, sagt Harms: "Dass aus Worten immer auch Taten werden, wird auch bei der AfD zumindest in Kauf genommen".

Der SSW-Politiker fordert die Landesregierung auf, sich noch mehr für den Schutz und die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt einzusetzen. "Die

Opfer leiden oft ihr Leben lang unter den Folgen solcher Angriffe: Angststörungen etwa, die wiederum zur weiteren sozialen Ausgrenzung führen. Hierfür braucht es bessere Unterstützungsmöglichkeiten, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen: Sprachmittler für Arztbesuche und Anwaltstermine, eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen wie ZEBRA und auch Therapieplätze", fordert Harms. Zudem bedürfe es mehr Einsatz bei der Gewaltprävention. "Eine breit angelegte Informationskampagne etwa, die mit Vorurteilen aufräumt und zu mehr Zivilcourage motiviert. Wir müssen hinschauen und handeln. Nie wieder ist jetzt!"